



Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen

Aggressionen und Gewalt gegen Politiker:innen in Deutschland – Erste Befunde und Perspektiven eines laufenden Forschungsprojekts

Pia Wilsdorf, Philipp Müller, Arne Dreißigacker, Laura-Romina Goede,
Anna Hähnnemann, Jonah Hirschmann, Anne-Kathrin Kreft, Farina Rühls

Forschungsmonitoring

Einleitung

Aggressionen und Gewalt gegenüber Politiker:innen sind in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus medialer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit gerückt. Besonders aufsehenerregende Fälle, wie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) oder die Angriffe auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) und die oberbayerische Bezirksrätin Stefanie Kirchner (Die Linke), verdeutlichen extreme Formen der Viktimisierung durch politisch motivierte Kriminalität. Auch jenseits dieser gravierenden Taten mehren sich Berichte über Rücktritte von Politiker:innen aufgrund tätigkeitsspezifischer Viktimisierungserfahrungen (zum Beispiel Kevin Kühnert, Marco Wanderwitz und Yvonne Magwas). Diese Dynamik birgt das Risiko, demokratische Institutionen nachhaltig zu schwächen, die Vielfalt an politischen Positionen zu unterminieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden.

Offizielle Statistiken unterstreichen die Relevanz dieser Problematik eindrücklich. Die Hellfeld-Daten zur politisch motivierten Kriminalität insgesamt verzeichnen seit Jahren einen deutlichen Anstieg. Im Jahr 2024 wurden über alle Themenfelder hinweg 84 172 politisch motivierte Straftaten registriert – ein Zuwachs um 40 % im Vergleich zum Vorjahr und zugleich der höchste Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 2001 (BKA, 2025). Dieser Zuwachs resultiert auch aus den deutlich angestiegenen Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität im Zusammenhang mit Wahlen: Im Kontext der Europawahl sowie mehrerer Landes- und Kommunalwahlen stieg die Zahl der Delikte im Wahlumfeld von 2147 im Jahr 2023 auf 11 271 Straftaten im Jahr 2024 (+425 %). Auch wenn sich die Mehrzahl dieser Fälle gegen Wahlplakate richteten und somit vor allem einen symbolischen Charakter haben, stieg die Anzahl registrierter Straftaten gegen Parteirepräsentant:innen beziehungsweise Parteimitglieder ebenfalls sehr deutlich um 185 % (2023: 393; 2024: 1.119).

Während diese Zahlen einen beträchtlichen Anstieg im Hellfeld dokumentieren, liegen für das Dunkelfeld in Deutschland bislang meist nur regional begrenzte (z. B. Bannenberg et al., 2021; Blätte et al., 2022) und/oder auf einzelne politische Ebenen fokussierte Befunde vor (z. B. Bannenberg et al., 2021; Eberspach et al., 2022), die sich auf spezifische Zeiträume beziehen und daher nur schwer miteinander vergleichbar sind. Es finden

sich sowohl Studien, die von einem ansteigenden Anteil betroffener Politiker:innen ausgehen (Erhardt, 2019, 2020, 2021), als auch Studien, die auf einen schwankenden Anteil verweisen (Bitschnau et al., 2025; Bitschnau & Eberspach, 2024a, 2024b; Eberspach et al., 2022, 2023; Simon et al., 2024). Zum Ausmaß der Folgen von Viktimisierungserfahrungen auf das politische Engagement finden sich ebenfalls verschiedene Befunde. Der Anteil der betroffenen Politiker:innen, die nach den Viktimisierungserfahrungen überlegen, ihr Amt aufzugeben beziehungsweise keine neue Kandidatur anzustreben, variiert zwischen den existierenden Studien zum Beispiel zwischen 5 % (Erhardt, 2020), 10 % (Bitschnau et al., 2025) und 27 % (Bannenberget al., 2021).

Angeichts bestehender Unklarheiten und Forschungslücken sowie zunehmender gesellschaftlicher und politischer Relevanz der Thematik wird vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN) das Forschungsprojekt „Aggressionen und Gewalt gegen Politiker:innen in Deutschland. Formen, Verbreitung und Folgen für Individuum und Gesellschaft“ (AGgP) durchgeführt. Das Projekt, welches bis Mai 2026 läuft, bildet die Grundlage für diesen Beitrag. Nach einer Skizzierung des aktuellen Forschungsstandes liegt der Fokus auf der Vorstellung des Projektes und der eingesetzten Methoden. Die anschließende Darstellung erster qualitativer und quantitativer Befunde mündet in einen Ausblick zu den weiteren Analyseschritten innerhalb des Forschungsprojektes.

Forschungsstand

Untersuchungen wie die deutschlandweiten querschnittlichen Forsa-Umfragen im Auftrag der Zeitschrift KOMMUNAL oder das „Kommunale Monitoring“ im Rahmen des MOTRA-Projektes (MOTRA-KoMo) belegen, dass Politiker:innen auf kommunaler Ebene im Rahmen ihrer Tätigkeit häufig Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder sogar tätlichen Angriffen werden. Die vorliegenden Befunde der KOMMUNAL-Studien (Erhardt, 2019, 2020, 2021) weisen auf die Zunahme des Problems hin (2019 waren 41 % der befragten Bürgermeister:innen betroffen, 2020 bereits 64 %, und 2021 sogar 72 %). Hingegen zeigen die 6-Monats-Prävalenzraten in der bundesweiten, längsschnittlichen Befragung von (Ober-)Bürgermeister:innen und

Landrät:innen im MOTRA-KoMo eine größere Variabilität, mit Anteilswerten zwischen 45 % im zweiten Halbjahr 2021 und 34 % im zweiten Halbjahr 2024 (Bitschnau et al., 2025; Bitschnau & Eberspach, 2024a, 2024b; Eberspach et al., 2022, 2023; Simon et al., 2024). Ein bedeutsamer Anteil der Betroffenen wurde in den jeweiligen (Halb-)Jahren vor den Befragungen mehrfach viktimisiert (Erhardt, 2021: 29 %; Bitschnau et al., 2025: 50 %). Zu den am häufigsten auftretenden Deliktarten zählen verbale oder schriftliche Beleidigungen, Verleumdungen und Bedrohungen. Tätliche Angriffe in Form von Sachbeschädigungen und Körperverletzungen wurden seltener berichtet (Erhardt, 2021: 11 %; Bitschnau et al., 2025: 3 %). Eine qualitative Studie aus dem Jahr 2021 legt jedoch nahe, dass verbale Aggression in der Regel der physischen Aggression vorausgeht (Alin et al., 2021).

Weitere Befunde deuten darauf hin, dass nicht alle Politiker:innen gleichermaßen betroffen sind. Internationale Studien verweisen auf eine Vielzahl kontextueller (Thomas et al., 2019) und individueller Risikofaktoren (Bjarnegård et al., 2022; Collignon & Rüdig, 2020, 2021; Håkansson, 2021, 2023; Herrick et al., 2019), wie beispielsweise das Geschlecht oder Alter, die Größe beziehungsweise Urbanität des Wahlkreises, oder aber die Auseinandersetzung mit kontrovers diskutierten politischen Schwerpunkten wie dem Feminismus oder der Migration. Auch für Deutschland finden sich sowohl Befunde zu kontextuellen Unterschieden nach Region (Blätte et al., 2022) und Gemeindegröße (Bitschnau et al., 2025; Erhardt, 2021) als auch zu individuellen Faktoren, wie Parteizugehörigkeit (Blätte et al., 2022) und Geschlecht (Moosdorf & Röder, 2025): Frauen sind in der Politik deutlich unterrepräsentiert (BMFSFJ, 2020), scheinen aber besonders von Aggression und Gewalt betroffen zu sein (Beck, 2023). Dies wird durch die Ergebnisse verschiedener Kommunalstudien gestützt: Bei Erhardt (2020) waren 76 % der Frauen und 67 % der Männer von psychischer und physischer Gewalt betroffen und bei Bitschnau et al. (2025) liegen die Anteile bei 38 % (Frauen) beziehungsweise 28 % (Männer). Daneben belegen internationale Studien, dass auch sexualisierte Gewalt, insbesondere gegen Politiker:innen, ein relevantes Thema ist (Dhrodia, 2017; Inter-Parliamentary Union, 2016; Southern & Harmer, 2019, 2021).

Die Folgen einer Viktimisierung können sich auf unterschiedliche Weise manifestieren. Neben den direkten finanziellen und körperlichen Schäden durch Sachbeschädigungen und Körperverletzungen können auch Delikte

im Bereich der psychischen Gewalt – gerade bei wiederholtem Erleben – mit zum Teil langfristigen Folgen einhergehen. Diese können sich von psychischen Beschwerden bis zu posttraumatischen Belastungsstörungen und Verhaltensänderungen erstrecken. Diese Aussage trifft sowohl auf Kriminalitätsoffer im Allgemeinen (Greve et al., 2015) als auch auf politisch Engagierte (Koch et al., 2025) und Politiker:innen (Every-Palmer et al., 2015) zu. Eine besondere Problematik ergibt sich im Hinblick auf die Demokratie, wenn betroffene Politiker:innen ihr politisches Engagement einschränken oder gar beenden (Håkansson, 2021). Gemäß der KOMMUNAL-Befragung 2020 gaben 5 % der Betroffenen an, dass sie aufgrund von Anfeindungen nicht erneut kandidieren werden (Erhardt, 2020). In dem MOTRA-KoMo äußerten 10 % der Betroffenen die Überlegung, ihr Amt aufzugeben oder nicht noch einmal kandidieren zu wollen (Bitschnau et al., 2025). In der auf hessische (Ober-)Bürgermeister:innen bezogenen Studie von Bannenberg et al. (2021) sind es sogar 27 %.

Die für Deutschland verfügbaren Befunde leisten insbesondere für gewählte Amtsträger:innen auf kommunalpolitischer Ebene sowie durch detaillierte Beschreibungen des Lagebildes essenzielle Beiträge zur Beleuchtung des Forschungsfelds. Aufbauend darauf zielt das im Folgenden beschriebene Projekt auf eine vertiefende Erforschung unter Einbezug aller Politiker:innen der jeweiligen politischen Ebenen ab – unabhängig davon, ob sie Regierungsverantwortung haben oder nicht. Das ermöglicht perspektivisch zudem, das Ausmaß und die Folgen von Gewalt gegen Politiker:innen noch besser einschätzen, vergleichen und zielgruppenspezifische Präventionsangebote ableiten zu können.

Projektbeschreibung

Das Forschungsprojekt „Aggressionen und Gewalt gegen Politiker:innen in Deutschland“ baut auf dem zuvor skizzierten Forschungsstand auf. Es wird im Zeitraum vom 01.06.2023 bis 31.05.2026 in Kooperation mit Prof. Dr. Anna Isenhardt von der Fachhochschule Kiel und, im Falle des Teilmoduls „Bevölkerungsbefragung“, mit dem Weizenbaum-Institut in Berlin durchgeführt. Die Finanzierung erfolgt durch die Hans-Böckler-Stiftung.

Das Ziel des Projekts besteht darin, die verschiedenen Formen der Viktimisierung zu erfassen, denen Politiker:innen in Deutschland ausgesetzt sind. Darüber hinaus ist zu erforschen, wie weit diese verschiedenen Viktimisierungsarten verbreitet sind und wie sich die Erfahrungen hinsichtlich des Geschlechts, soziodemografischen Hintergrunds und der politischen Ebene (Bund, Land, Kommune) unterscheiden. In diesem Zusammenhang werden auch die persönlichen Folgen, die Folgen für das individuelle politische Engagement sowie der Umgang der Betroffenen mit ihren Viktimisierungserfahrungen untersucht. Innerhalb des Forschungsprojektes wird zudem die Frage erörtert, wie die Bevölkerung Gewalt gegen Politiker:innen wahrnimmt und welchen Einfluss diese Wahrnehmung auf die Bereitschaft, sich selbst politisch zu engagieren, ausübt. Im weiteren Projektverlauf soll der Fokus auf der Analyse der Ähnlichkeiten und Unterschiede der Viktimisierungserfahrungen von anderen gesellschaftspolitisch engagierten Personen, wie beispielsweise Gewerkschafter:innen oder Personal- und Betriebsratsmitgliedern, liegen. Abschließend werden Handlungsempfehlungen für die verschiedenen relevanten Akteure (zum Beispiel Politik, Polizei, Zivilgesellschaft) entwickelt.

Das Forschungsprojekt ist modular aufgebaut und integriert unterschiedliche Forschungsmethoden. In Modul 1 wurden leitfadengestützte qualitative Interviews mit betroffenen Politiker:innen auf allen politischen Ebenen ($n = 21$) durchgeführt. Die qualitativen Daten dienten einerseits als Grundlage zur Weiterentwicklung des Fragebogens der Online-Befragung und wurden andererseits qualitativ in Hinblick darauf ausgewertet, welche Arten der Viktimisierung sowie Widerfahrenskontexte zu unterscheiden sind sowie auf die Frage danach, worauf die Viktimisierungen abzielen. Neben diesen Aspekten sollten auch die (subjektive) Wahrnehmung der Verbreitung von Aggressionen und Gewalt gegen Politiker:innen, die Folgen von Viktimisierungen, der Umgang mit diesen sowie zur Verfügung stehende Coping-Ressourcen analysiert werden.

Im Rahmen des zweiten Moduls erfolgte eine quantitative Untersuchung zu Fragen der Verbreitung von Aggressions- und Gewalterfahrungen, des Umgangs mit diesen sowie der Folgen für das politische Wirken und das Engagement. Zu diesem Zweck wurde eine umfängliche längsschnittliche Dunkelfeldstudie mit Politiker:innen auf Bundes-, Landes- und

Kommunalebene (Brutto-N = ca. 22 600) mit zwei Messzeitpunkten im Abstand von sechs Monaten durchgeführt.

In Modul 3 wird die Wahrnehmung und Bewertung von Gewalt gegen Politiker:innen in der Bevölkerung thematisiert. Zu diesem Zweck wurde eine Kooperation mit dem Weizenbaum-Institut in Berlin eingegangen. Die Kooperation ermöglichte die Platzierung mehrerer Items zu den Themen Aggressionen und Gewalt gegen Politiker:innen innerhalb einer bestehenden Längsschnitbefragung (zu Themen der politischen Partizipation und der Digitalisierung) zu zwei Messzeitpunkten.

Darüber hinaus wurden in Modul 4 qualitative Interviews mit Gewerkschafter:innen und Betriebs- und Personalrät:innen durchgeführt. Die leitende Forschungsfrage lautet, ob sich diese anderen gesellschaftspolitisch engagierten Gruppen im Hinblick auf Erfahrungen mit Aggressionen und Gewalt von Politiker:innen unterscheiden. Zur Klärung dieser Frage wurden 17 leitfadengestützte qualitative Interviews durchgeführt.

Das Projekt wird mit einem Workshop (Modul 5) abgeschlossen, der voraussichtlich im Frühjahr 2026 stattfinden wird. In diesem Workshop werden die Ergebnisse politischen Entscheider:innen, Vertreter:innen von Interessenverbänden, der Polizei und den Bereichen Prävention und Intervention vorgestellt. Die Resultate des Workshops werden einer inhaltsanalytischen Evaluation unterzogen und finden Eingang in die zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen.

Methodik und Datenbasis

Die in diesem Beitrag präsentierten Ergebnisse basieren auf den Daten der qualitativen Interviews aus Modul 1 sowie auf den Daten des ersten Messzeitpunktes der quantitativen, längsschnittlichen Dunkelfeldbefragung aus Modul 2. Die 21 leitfadengestützten qualitativen Interviews wurden nach der Rekrutierung von sechs Kommunal-, zehn Landes- und fünf Bundespolitiker:innen (zwölf Politiker, neun Politikerinnen) aus insgesamt sieben verschiedenen Parteien zwischen Februar und Juli 2024 durchgeführt. Auf Bundes- und Landesebene konnten zur Rekrutierung die öffentlichen

E-Mail-Adressen der Politiker:innen genutzt werden. Zur Rekrutierung auf der Kommunalebene wurde der Interviewflyer zunächst auf den Online-Plattformen des KFN beziehungsweise als Interviewaufruf zum Beispiel auf Konferenzen geteilt. Zudem wurden politische Akteur:innen beziehungsweise Institutionen mit Zugang zu entsprechenden Netzwerken mit der Bitte um Unterstützung kontaktiert. Außerdem wurde das Schneeballprinzip angewandt, indem die Interviewpartner:innen gebeten wurden, den Interviewaufruf an potenziell interessierte Politiker:innen weiterzuleiten. Insgesamt bestand der Kontakt zu 69 Politiker:innen. Die Auswahl der Fälle erfolgte in Anlehnung an das Prinzip des „Theoretical Samplings“, das eine breite strukturelle Variation beziehungsweise Repräsentativität relevanter Varianzmerkmale innerhalb des Samples gewährleisten sollte. Relevante Merkmale zur Auswahl der einzelnen Fälle waren das Geschlecht, die politische Ebene der Tätigkeit (Bund, Land, kommunal), die Parteizugehörigkeit, die erlebte Gewaltform, das Setting, in welchem die Viktimisierung stattfand und worauf sich die Viktimisierung gerichtet hat (zum Beispiel die Person selbst oder politische Inhalte). Dazu wurden die interessierten Politiker:innen gebeten, zunächst einen kurzen Vorab-Fragebogen auszufüllen, in dem die entsprechenden Merkmale abgefragt wurden. Nach Auswahl der Politiker:innen wurden die Interviews wahlweise mit einem Interviewer oder einer Interviewerin online durchgeführt. Nach der Transkription und Anonymisierung wurden die Interviews mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach (Kuckartz, 2016) ausgewertet.

Für die Durchführung der Dunkelfeldbefragung wurde zunächst eine möglichst repräsentative Stichprobe von Politiker:innen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene in Deutschland gezogen ($N = 22\,264$), in der auch eine ausreichende Anzahl aus „kleineren Gruppen“ enthalten sind (zum Beispiel Bundes- und Landespolitiker:innen, Politiker:innen aus Kommunalparlamenten kleinerer Bundesländer und aus Parlamenten auf Kreisebene). Da es sich um eine schwer bestimmbare und dynamische Grundgesamtheit handelt, lässt sich Repräsentativität jedoch allenfalls näherungsweise bestimmen. Zu diesem Zweck wurde ein komplexes Stichprobendesign entwickelt, bei dem spezifische Gruppen überproportional berücksichtigt wurden. Auf Bundes- und Landesebene wurden alle zum Befragungszeitpunkt aktuellen Mitglieder der 16 Landesparlamente und des Bundestags sowie die Landeskabinette und das Bundeskabinett (2 733 Politiker:innen) zur Teilnahme eingeladen. Auf kommunaler Ebene wurde

durch das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften eine Zufallsstichprobe von 19 531 Mandatsträger:innen aus Kommunalparlamenten gezogen. Die Stichprobenziehung erfolgte mittels einer zweistufigen, proportional geschichteten Klumpenauswahl. Grundlage bildete die Grundgesamtheit aller Kommunalparlamente auf Kreis- und Gemeindeebene in Deutschland. Die Schichtung orientierte sich an den Merkmalen Bundesland und Parlamentsebene. Zur Teilnahme an der Befragung wurden sämtliche Mitglieder der ausgewählten Kommunalparlamente sowie die jeweiligen Bürgermeister:innen und Landrät:innen eingeladen. Die Datenerhebung zum ersten Messzeitpunkt erfolgte zwischen Mai 2024 und Februar 2025 mittels teilstandardisiertem Online-Fragebogen.

Insgesamt haben 1859 der eingeladenen Politiker:innen die Befragung begonnen, was einer Quote von 8.3 % entspricht. Einige Teilnehmer:innen brachen die Befragung nach wenigen Fragen ab, während andere viele Fragen unbeantwortet ließen. Nach Ausschluss dieser Fälle ergab sich für die vorliegenden Auswertungen eine Netto-Stichprobe von $n = 1\,479$ (bereinigter Rücklauf = 6.6 %). Aufgrund der geringen Ausschöpfungsquote kann nicht ausgeschlossen werden, dass insbesondere von Aggression und Gewalt betroffene Politiker:innen überproportional an der Erhebung teilgenommen haben (Selektivitätsproblem). Darüber hinaus bleiben Personen unberücksichtigt, die ihre politische Tätigkeit infolge entsprechender Erfahrungen bereits beendet haben, was die Aussagekraft der erhobenen Daten zusätzlich limitiert. Andere Verzerrungen gegenüber der Grundgesamtheit können zum Teil durch angewandte Gewichtungen reduziert werden.

Da spezifische „kleinere Gruppen“ von Politiker:innen aufgrund des Stichprobendesigns in der ungewichteten Stichprobe überrepräsentiert sind, wurden bei den hier berichteten Analysen über alle politischen Ebenen hinweg ein Designgewicht und ein Poststratifikationsgewicht eingesetzt. Dies dient dazu, verschiedene Auswahlwahrscheinlichkeiten auszugleichen und die Verteilung der Politiker:innen auf die verschiedenen politischen Ebenen (Bund/Land/Kreis) wieder an die Verteilung in der Grundgesamtheit anzupassen. Gemäß der durchgeführten Gewichtung setzt sich die Stichprobe wie folgt zusammen: 98.5 % der Befragten waren Kommunalpolitiker:innen. Auf Landesebene waren 1.0 % und auf Bundesebene 0.4 % tätig. Etwa zwei Drittel (66.3 %) der Teilnehmenden ordneten sich dem männlichen und ein Drittel (32.8 %) dem weiblichen Geschlecht

zu. Hinsichtlich ihrer Parteizugehörigkeit gaben 30.7 % der Politiker:innen an, parteilos zu sein. Ein Anteil von 21.3 % gehörten der CDU/CSU, weitere 16.3 % der SPD und 12.0 % dem Bündnis 90/Die Grünen an. Kleinere Anteile ordneten sich den Freien Wählern (6.5 %), der AfD (3.1 %), der FDP (2.3 %) und der Partei Die Linke (1.4 %) zu. Ein Anteil von 6.3 % gab eine andere als die genannten Parteizugehörigkeiten an.

Erster Einblick in die qualitativen Interviews

Der Großteil der im Rahmen der qualitativen Interviews berichteten Gewalterfahrungen lässt sich in psychische und körperliche Gewalt unterscheiden, wobei von den Politiker:innen mitunter auch sexualisierte Gewalt berichtet wurde. Die Gewalterfahrungen reichten von Beleidigungen, Bedrohungen über Beschädigungen des privaten Eigentums oder der politischen Büros bis hin zu körperlichen Angriffen, teilweise mit schweren körperlichen Folgen. Der Widerfahrnskontext, in dem die Gewalt auftrat, kann zwischen online und offline erlebten Viktimisierungen differenziert werden. Online trat die Gewalt häufig in sozialen Medien auf, wurde aber vielfach auch per E-Mail direkt an die Politiker:innen gerichtet. Ein Beispiel für psychische Gewalt im digitalen Raum findet sich im dritten Interview mit einem männlichen Politiker:

„Da gab es Mails, zum Beispiel auch an eine erinnere ich mich noch ganz gut, da hat mir jemand geschrieben, ich müsste vor den Augen meiner Söhne hingerichtet werden, solche Dinge.“ (Interview 3)

Häufig wird von Gewalt in der Öffentlichkeit berichtet, wenn die Politiker:innen explizit als solche zu erkennen sind, beispielsweise bei Wahlkampfveranstaltungen oder beim Aufhängen von Plakaten. In einem Fall beschreibt ein Kommunalpolitiker einen körperlichen Angriff, den er an einem Wahlkampfstand erlebte und infolge dessen er so schwer verletzt wurde, dass er für längere Zeit ins Krankenhaus musste. Viele der geschilderten Gewalterfahrungen ereigneten sich auch im Rahmen des politischen Büros, beispielsweise im vierten Fall, bei dem ein Messer mit einer Morddrohung postalisch an das Büro eines Bundestagsabgeordneten geschickt wurde. Im selben Interview berichtet er auch von Beschädigungen an seinem Eigentum, ihm seien an seinem privaten Auto

im Rahmen einer Veranstaltung seiner Partei ein Reifen zerstoßen sowie die Radmuttern der anderen Reifen gelockert worden. Als weiterer Widerfahrungskontext tritt auch häufiger der private Wohnraum in Erscheinung, beispielsweise durch Vandalismus oder im Rahmen sogenannter Bauern-Proteste. In einem Fall berichtet ein Kommunalpolitiker von einer Reihe von Vandalismus-Attacken an beziehungsweise vor seinem Wohnhaus, beispielsweise durch Eierwürfe, das Zerkratzen seines Autos sowie das Aufbringen von Aufklebern krimineller Vereinigungen. Ein Kommunalpolitiker macht dabei deutlich, dass vor allem die Gewalt im privaten, eigentlich geschützten Raum schwer zu verarbeiten sei und ihn besonders hart treffe:

„Und das ist für mich noch mal nen qualitativer Unterschied, wenn sozusagen die private Heimstätte, der Rückzugsort, der Erholungs-ort, wenn dieser Ort angegriffen wird, dann greift man auch ganz stark die Persönlichkeit des Menschen an, ja. Dann fühle ich mich zu Hause, im wahrsten Sinne des Wortes, im Bett sozusagen auch nicht mehr sicher.“ (Interview 16)

Außerdem gibt es Unterschiede in den berichteten Gewalterfahrungen, je nachdem, worauf sich die Gewalt nach Ansicht der Befragten bezieht. Während die Gewalt teilweise explizit als auf die Person selbst oder auf ihre persönlichen Merkmale gerichtet wahrgenommen wird, wird sie in anderen Fällen eher als auf die politischen Inhalte, das Amt oder die Parteizugehörigkeit gerichtet verstanden. Vor allem Politikerinnen erzählen im Rahmen der Interviews von Gewalt, die direkt auf sie als Frauen gerichtet ist:

„Aber ich merke auch, dass es eben zu dieser digitalen, verbalen Gewalt kommt, einfach auch bezogen auf mein Geschlecht und auf mein Äußeres, das muss man glaube ich auch noch mit dazu sagen. Also ich hab auch Kommentare bekommen von Leuten, denen meine Haare nicht gefallen oder mein Kleidungsstil oder auch meine Figur.“ (Interview 1)

Ein Landtagsabgeordneter berichtet, dass die Gewalt häufig nicht nur auf seine Parteizugehörigkeit abziele, sondern insbesondere auch auf seinen Migrationshintergrund. Aus rechten Kreisen werde ihm dann sein Deutschsein abgesprochen oder seine Kandidatur infrage gestellt. Tendenziell berichten vor allem besonders exponierte Politiker:innen über Gewalt, die sich gegen

sie als Person richtet, beispielsweise weil sie aufgrund ihrer politischen Funktion als Bundestagsabgeordnete stärker in der Öffentlichkeit stehen. In vielen Fällen zeigt sich jedoch auch, dass die Betroffenen die Gewalt weniger auf ihre Person beziehen, sondern sie stärker als gegen ihre Parteizugehörigkeit oder die von ihnen vertretenen politischen Inhalte gerichtet wahrnehmen. Insbesondere Themen wie der Umgang mit der Covid-19-Pandemie oder Migration werden genannt, wenn es darum geht, welche politischen Inhalte häufig Gewalt nach sich ziehen oder Inhalt der Aggressionen sind.

Wie die interviewten Politiker:innen mit der Gewalt umgehen und wie gut sie die Gewalt verarbeiten, ist von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. Einige Politiker:innen erzählen, dass sie die Gewalt besser verarbeiten können, wenn sie nur auf die Parteipolitik abzielt und nicht gegen sie als Person gerichtet ist. Als ein wichtiger Faktor zur Verarbeitung der Gewalt wird Solidarität genannt:

„Umso mehr du mit anderen [Politiker:innen] drüber redest, kriegst du auch die Rückmeldung: denen geht's ja nicht anders. Das wiederum stärkt mich dann wieder so ein bisschen: okay, du bist halt nicht alleine.“ (Interview 18)

Auch die soziale Unterstützung ist von Relevanz, wenn es um die Verarbeitung der erfahrenen Gewalt geht. Fast alle der interviewten Politiker:innen berichten, dass sie sich beispielsweise durch Familie und Freund:innen gut unterstützt fühlen und diese als wichtiger Rückhalt für sie fungieren.

Eine Viktimisierung kann neben individuellen Folgen auch Folgen für die Demokratie haben, wenn sich die Gewalterfahrungen beispielsweise auf das politische Engagement der Betroffenen auswirken. Im Rahmen der Interviews wurde deutlich, dass die Gewalthandlungen sowohl de- als auch mobilisierend auf das politische Wirken der betroffenen Politiker:innen wirken können. In einigen Fällen wurde erzählt, dass die Betroffenen ihr politisches Engagement infolge der Gewalterfahrungen reduziert haben, wie im Fall einer Bundespolitikerin:

„Das sorgt dafür, dass man sich aus dem öffentlichen Raum zurückzieht. Also Veranstaltungen, die mache ich jetzt einfach nicht mehr, muss ich so ganz ehrlich sagen.“ (Interview 2)

Häufig wurde jedoch auch berichtet, dass sich die Politiker:innen von den Täter:innen nicht einschüchtern lassen wollen, sie infolge der Gewalt sogar eine „jetzt erst recht“-Mentalität entwickelt hätten. So auch im Falle eines Landespolitikers, der neben psychischer auch körperliche Gewalt und Angriffe auf das Landesbüro erlebte:

„Ich habe mir vorgenommen, mich nicht einschüchtern zu lassen und solche Angriffe zielen genau darauf ab, dass wir eingeschüchtert werden, dass wir das Büro schließen, dass wir möglicherweise unsere Politik ändern und das wäre noch gefährlicher aus meiner Sicht. (Interview 9)

Erste Ergebnisse der quantitativen Dunkelfeldbefragung

Formen und Verbreitung von Aggressionen und Gewalt gegen Politiker:innen

Für die Erhebung der Viktimisierungserfahrungen wurden die teilnehmenden Politiker:innen danach gefragt, welche der insgesamt 20 verschiedenen Aggressions- und Gewaltformen sie im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit bisher erlebt haben und wie häufig davon in den letzten sechs Monaten (1: „nie“, 2: „1-mal“, 3: „mehrmals“). Zur besseren Darstellung wurden die erfragten Formen zu elf Kategorien aggregiert (siehe Abbildung 1). Nicht alle der erhobenen Formen von Aggression und Gewalt erfüllen einen strafrechtlich relevanten Tatbestand. Dennoch können Praktiken wie soziale Ausgrenzung oder andere Formen von Diskriminierung, die juristisch nicht sanktionierbar sind, für die Betroffenen eine substantielle Beeinträchtigung darstellen. Da es bezüglich etwaiger Folgen für die Betroffenen unerheblich sein dürfte, ob ein Straftatbestand erfüllt ist oder nicht, wird auch in diesen Fällen von einer Viktimisierung gesprochen.

Insgesamt haben über drei Fünftel (61%) der Politiker:innen in der gewichteten Stichprobe ($n = 1479$) mindestens einmal eine der erhobenen Aggressions- und Gewaltformen in ihrer gesamten politischen Tätigkeit erlebt und fast die Hälfte (46 %) innerhalb der letzten sechs Monate. Zu den am häufigsten erlebten Formen der Aggressionen und Gewalt, sowohl in der gesamten politischen Laufbahn als auch in den letzten sechs Monaten, zählen die

Beleidigung und Diskriminierung (53 % bzw. 38 %), die Verleumdung (35 % bzw. 21 %) und die soziale Ausgrenzung (29 % bzw. 22 %). Etwas seltener wurden Sachbeschädigungen¹ (15 % bzw. 10 %), Hass und Hetze² (13 % bzw. 8 %) und Bedrohungen³ (13 % bzw. 5 %) erlebt. Mit Prävalenzen unter 10 % zählen Stalking, sexualisierte Aggressionen und Gewalt⁴ sowie tätliche Angriffe⁵ zu den am seltensten erlebten Aggressions- und Gewaltformen sowohl in Bezug auf die gesamte Laufbahn als auch auf die letzten sechs Monate.⁶

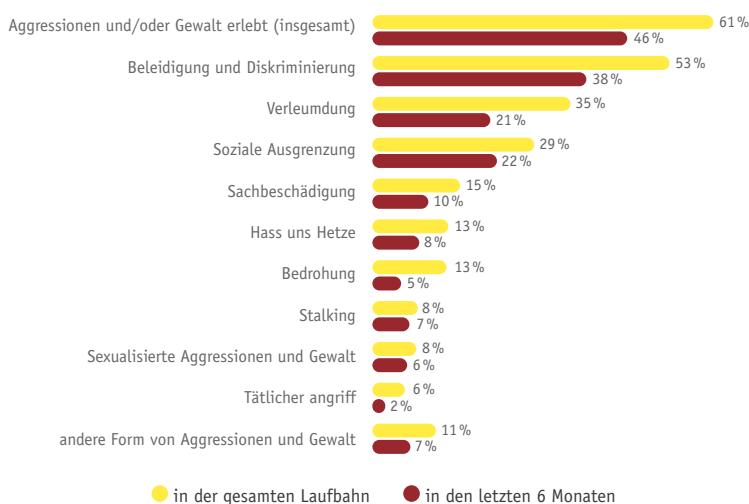


Abbildung 1: Anteil an Politiker:innen, die die jeweiligen Aggressions- oder Gewaltformen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bereits mindestens einmal erlebt haben (innerhalb der gesamten politischen Laufbahn bzw. in den letzten 6 Monaten); n = 1 479; gewichtete Daten; Mehrfachantwort möglich

1 Zusammenfassung der Kategorien „Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch (Privateigentum)“ und „Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch (dienstliches Eigentum)“.

2 Zusammenfassung der Kategorien „Hass und Hetze“ und „Hasskampagnen“.

3 Zusammenfassung der Kategorien „Direkte und indirekte Todesdrohungen“ und „Andere direkte und indirekte Bedrohung“.

4 Zusammenfassung der Kategorien „Direkte und indirekte Androhung sexueller Gewalt“, „Sexuelle Belästigung“ und „Sexualisierte Gewalt“.

5 Zusammenfassung der Kategorien „Tätlicher Angriff ohne Waffe“ und „Tätlicher Angriff mit Waffe/Gegenstand“.

6 Die Kategorien „Erpressung“, „Datendiebstahl“, „Identitätsdiebstahl“ und „Etwas anderes“ wurden zur Kategorie „Andere Formen von Aggressionen und Gewalt“ zusammengefasst.

Bezogen auf die erlebten Vorfälle in den letzten sechs Monaten, wurde erfragt, wogegen sich die Taten aus Sicht der Betroffenen gerichtet haben. Für die Beantwortung konnten eine oder mehrere von insgesamt zehn Antwortkategorien ausgewählt werden. Diese umfassten insbesondere persönliche Merkmale, die politische Verortung der Befragten sowie undifferenzierte Ziele.

Aus der Perspektive der Betroffenen richteten sich die erlebten Taten der letzten sechs Monate am häufigsten gegen deren politische Verortung. In der gewichteten Stichprobe gaben über die Hälfte der betroffenen Politiker:innen ($n = 677$) an, dass sich die Taten mutmaßlich gegen ihre sachpolitische inhaltliche Position und/oder gegen ihre Parteizugehörigkeit richteten (52 % bzw. 51 %). Über zwei Fünftel sind der Ansicht, dass aktuelle politische Themen und Entwicklungen sowie konkrete politische Äußerungen die Vorfälle motiviert haben (46 % bzw. 44 %). Persönliche Merkmale wiesen in diesem Zusammenhang eine untergeordnete Bedeutung auf. Das eigene Geschlecht gaben immerhin 16 % der Betroffenen, der größte Teil von ihnen Politiker:innen, als ein wahrgenommenes Tatmotiv an. Die Religion/Weltanschauung (6 %), das Alter (4 %), die Hautfarbe/Herkunft (1 %) und die sexuelle Orientierung (1 %) wurden allerdings sehr selten genannt. Demgegenüber gab über ein Drittel (35 %) der Betroffenen an, dass sich die Tat gegen Politiker:innen im Allgemeinen gerichtet hat und jede:r Sechste (16 %) nannte demokratische Institutionen und Prozesse im Allgemeinen als Tatmotiv.

Viktimisierungsfolgen und Coping-Strategien

Zur Untersuchung der Folgen von und dem Umgang mit erlebten Aggressionen und Gewalt wurden verschiedene Befragungsinstrumente, zum Beispiel zur Kriminalitätsfurcht, psychischen Belastung, Lebenszufriedenheit, sozialen Unterstützung und kognitiven Emotionsregulierung, eingesetzt. Eine erste Auswertung der ungewichteten Stichprobe zum Ausmaß der psychischen Belastung in den letzten zwei Wochen mittels der deutschen Version des Kurz-Screening-Instruments PHQ-4 (Löwe et al., 2010) ergab statistisch relevante Unterschiede zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen. Befragte, die in ihrer politischen Laufbahn beziehungsweise in den letzten sechs Monaten mindestens eine der erhobenen Viktimisierungserfahrungen machten, wiesen durchschnittlich signifikant höhere Belastungswerte auf, wenn auch auf niedrigem Niveau ($t(961.47) = -9.36$, $p < .001$). Zudem zeigte sich, dass der Anteil derjenigen,

bei denen sich anhand des normierten Cut-off-Wertes (≥ 3) Hinweise auf eine mindestens leicht erhöhte psychische Belastung finden ließen, bei betroffenen Politiker:innen signifikant größer ausfiel als bei nicht betroffenen ($\chi^2(1) = 56.52, p < .001$). Statistisch relevante Unterschiede fanden sich ebenfalls bezüglich der allgemeinen Lebenszufriedenheit ($t(930.83) = 5.17, p < .001$) sowie der affektiven ($t(1084.3) = -17.62, p < .001$), kognitiven ($t(1215.4) = -20.86, p < .001$) und konativen Kriminalitätsfurcht ($t(921.16) = -8.27, p < .001$). Betroffene Politiker:innen äußerten sich dementsprechend durchschnittlich etwas weniger mit ihrem Leben zufrieden als nicht betroffene, fürchten sich deutlich häufiger vor Aggressionen und Gewalt im Kontext ihrer politischen Tätigkeit, schätzen die Wahrscheinlichkeit einer entsprechenden Viktimisierung in den nächsten sechs Monaten höher ein und ergreifen häufiger verschiedene Maßnahmen, um sich genau davor zu schützen.

Wie in den ersten Ergebnissen der qualitativen Interviews beschrieben, können Aggressions- und Gewalterfahrungen im Zusammenhang mit dem politischen Engagement von Politiker:innen stehen. Von den betroffenen Politiker:innen der gewichteten Stichprobe ($n = 876$) gab eine Mehrheit von 69 % an, ihr politisches Engagement im Allgemeinen aufgrund der Viktimisierungserfahrungen nicht verändert zu haben. Allerdings berichtete ein Fünftel (20 %) von einer Reduktion ihrer politischen Aktivitäten und jeder:r Neunte (11 %) von einer Verstärkung. Ähnliche Muster zeigten sich hinsichtlich politischer Äußerungen zu kontroversen Themen, öffentlicher Sichtbarkeit und Aktivitäten im Wahlkampf. Bezogen auf Allianzen mit anderen Politiker:innen, gab fast ein Fünftel (19 %) der Befragten an, diese infolge der Viktimisierung verstärkt zu haben. Drei Viertel (75 %) berichteten keine Veränderung und nur 7 % eine Reduktion.

Im Umgang mit tätigkeitsbezogenen Aggressions- und Gewalterfahrungen in den letzten sechs Monaten und deren Folgen gab ein großer Anteil der Betroffenen in der gewichteten Stichprobe an, die Erfahrungen in Gesprächen im privaten Umfeld thematisiert (84 %) und/oder sich mit Kolleg:innen aus der Politik darüber ausgetauscht zu haben (77 %). Etwas weniger als ein Drittel (30 %) machte die erlebten Taten sogar öffentlich. Allerdings gab ebenfalls ein Drittel der Betroffenen an (33 %), nicht darüber gesprochen und es mit sich selbst ausgemacht zu haben. Lediglich etwa jede:r sechste Betroffene (17 %) nahm Unterstützungsmöglichkeiten der Parteien in Anspruch und nur jede:r achte (13 %) zeigte die erlebte Tat an.

Fazit und Ausblick

Die bisherigen Ergebnisse des Projekts verdeutlichen, dass mehr als die Hälfte der befragten Politiker:innen in ihrer politischen Laufbahn mindestens einmal Aggressionen oder Gewalt erfahren haben; in den letzten sechs Monaten war fast die Hälfte betroffen. Damit wird die Relevanz des Themas, wie bereits in vorherigen Studien aufgezeigt, nochmals unterstrichen. Am häufigsten berichten die Befragten von Beleidigungen, Diskriminierungen und Verleumdungen. Im Umgang mit diesen Erfahrungen stützen sie sich überwiegend auf ihr privates Umfeld oder den Austausch mit Kolleg:innen. Die ersten Befunde deuten zugleich darauf hin, dass Aggressions- und Gewalterfahrungen mit Einbußen im persönlichen Wohlbefinden und Veränderungen im politischen Engagement assoziiert sind. Während ein nicht geringer Anteil der Betroffenen die politischen Aktivitäten nach solchen Erfahrungen zumindest einschränkte, ließ sich ein Großteil nicht beeinflussen, und für einige wurden die Erfahrungen sogar zum Ausgangspunkt für eine verstärkte politische Aktivität und den Ausbau von Allianzen. Damit stellt sich die offene Frage, wovon diese ambivalenten Reaktionen von Politiker:innen im Angesicht von Gewalt und Aggression abhängen und wie Politiker:innen durch gezielte Maßnahmen auf individueller, organisationaler und struktureller Ebene unterstützt werden könnten.

Die in diesem Beitrag berichteten Ergebnisse geben erste Einblicke in ein noch laufendes Forschungsprojekt. Sie basieren auf einer noch nicht abgeschlossenen Inhaltsanalyse qualitativer Interviews sowie auf Querschnittsdaten des ersten Messzeitpunktes einer bundesweiten Dunkelfeldbefragung. Rückschlüsse auf zeitliche Entwicklungen oder Kausalzusammenhänge sind damit nicht möglich. Eine fortgesetzte Auswertung der qualitativen Interviews sowie weitere quantitative Analysen unter Einbezug des zweiten Messzeitpunktes und unter Anwendung multivariater Verfahren werden differenziertere Einblicke insbesondere in kausale Mechanismen sowie Mediations- und Moderationseffekte bieten. Ergänzend werden die Ergebnisse durch die Bevölkerungsbefragung (Modul 3) und die Interviews mit anderen gesellschaftspolitisch Engagierten (Modul 4) erweitert, was eine umfassendere Betrachtung der Bedeutung von Viktimisierung für (gesellschafts-)politisches Engagement ermöglicht. Weitere Publikationen werden die Befunde vertiefen, systematisch kontextualisieren und in den internationalen Forschungsdiskurs einordnen.

Literatur

- Alin, S., Bukow, S., Faus, J., John, S. & Jurrat, A. (2021). *Beleidigt und bedroht: Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland*. Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, 59).
- Bannenberg, B., Pfeiffer, T. & Erb, D. (2021). *Gewalt gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Hessen*. Justus-Liebig-Universität Gießen.
- Beck, D. (2023). Wie geschlechtsbasierte Gewalt und andere Hassattacken gegen Politiker*innen zusammenhängen. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie: Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität* (Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft 2023/13, S. 222–235).
- Bitschnau, S., Buchmann, D. & Eberspach, K. (2025). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Zentrale Befunde aus der Herbstbefragung 2024*. Bundeskriminalamt. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2025/07/KoMo-Herbstbefragung-2024_RZ.pdf
- Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2024a). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Zentrale Befunde aus der Frühjahrsbefragung 2024*. Bundeskriminalamt. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/11/KoMo-Fruehjahrsbefragung-2024-RZ.pdf>
- Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2024b). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Zentrale Befunde und eine Betrachtung gruppenspezifischer Unterschiede zur Herbstbefragung 2023*. Bundeskriminalamt. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/05/KoMo-Herbstbefragung-2023-1.pdf>
- Bjarnegård, E., Håkansson, S. & Zetterberg, P. (2022). Gender and violence against political candidates: Lessons from Sri Lanka. *Politics & Gender*, 18(1), 33–61.
- Blätte, A., Dinnebie, L. & Schmitz-Vardar, M. (2022). *Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik*. Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, 64).
- BKA. (2025). *Factsheet Bundesweite Fallzahlen 2024 Politisch motivierte Kriminalität*. Bundeskriminalamt. <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2024PMKFallzahlen.pdf>
- BMFSFJ (2020). 4. *Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland*. Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/160308/73cf50519fdd0b72be8bce59a041079b/4-atlas-zur-gleichstellung-von-frauen-und-maennern-in-deutschland-broschuere-data.pdf>
- Collignon, S. & Rüdiger, W. (2020). Harassment and intimidation of parliamentary candidates in the united kingdom. *The Political Quarterly*, 91(2), 422–429. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12855>
- Collignon, S. & Rüdiger, W. (2021). Increasing the cost of female representation? The gendered effects of harassment, abuse and intimidation towards Parliamentary candidates in the UK. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 31(4), 429–449. <https://doi.org/10.1080/17457289.2021.1968413>
- Dhrodia, A. (2017). *Unsocial media: tracking Twitter abuse against women MPs*. Amnesty Global Insights. <https://medium.com/@AmnestyInsights/unsocial-media-tracking-twitter-abuse-against-women-mps-fc28aeca498a>

- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2022). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung – Herbstbefragung 2021*. Bundeskriminalamt. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2023/02/KoMo_Beobachtungen-und-Befunde-zur-Ersterhebung_Herbstbefragung2021.pdf
- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2023). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Beobachtungen und Befunde zur Herbstbefragung 2022*. Bundeskriminalamt. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2022/11/KoMo-Herbstbefragung-2022.pdf>
- Erhardt, C. (2019). Hasswelle: Kommunalpolitik – Aus Hetze werden Taten. *KOMMUNAL - Online-Magazin*. <https://kommunal.de/hasswelle-alle-Zahlen>
- Erhardt, C. (2020). Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung. *KOMMUNAL - Online-Magazin*. <https://kommunal.de/kommunalpolitiker-umfrage-2020>
- Erhardt, C. (2021). Attacken auf Kommunalpolitiker in der Corona-Pandemie weiter gestiegen. *KOMMUNAL - Online-Magazin*. <https://kommunal.de/attacken-kommunalpolitiker-corona>
- Every-Palmer, S., Barry-Walsh, J. & Pathé, M. (2015). Harassment, stalking, threats and attacks targeting New Zealand politicians: A mental health issue. *The Australian and New Zealand journal of psychiatry*, 49(7), 634–641. <https://doi.org/10.1177/0004867415583700>
- Greve, W., Rühls, F. & Kappes, C. (2015). Folgen von kriminellen Viktimisierungen und Umgang mit Opfern. In N. Guzy, C. Birkel & R. Mischkowitz (Hrsg.), *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland: Band 1 – Ziele, Nutzen und Forschungsstand* (S. 489–510). Bundeskriminalamt.
- Håkansson, S. (2021). Do women pay a higher price for power? Gender bias in political violence in sweden. *The Journal of Politics*, 83(2), 515–531. <https://doi.org/10.1086/709838>
- Håkansson, S. (2023). The gendered representational costs of violence against politicians. *Perspectives on Politics*, 1–16. <https://doi.org/10.1017/S1537592723001913>
- Herrick, R., Thomas, S., Franklin, L., L. Godwin, M., Gnabasik, E. & Schroedel, J. R. (2019). Physical violence and psychological abuse against female and male mayors in the United States. *Politics, Groups, and Identities* 9(4), 681–698. <https://doi.org/10.1080/21565503.2019.1629321>
- Inter-Parliamentary Union (2016). *Sexism, harassment and violence against women parliamentarian (Issues Brief 10/2016)*. <https://www.ipu.org/resources/publications/issue-briefs/2016-10/sexism-harassment-and-violence-against-women-parliamentarians>
- Koch, L., Voggenreiter, A. & Steinert, J. (2025). *Angegriffen & alleingelassen: Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild*. HateAid. <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/01/hateaid-tum-studie-angegriffen-und-alleingelassen-2025.pdf>
- Kuckartz, U. (2016). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung* (3., überarbeitete Aufl.). *Grundlagentexte Methoden*. Beltz. <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-epflicht-1117809>
- Löwe, B., Wahl, I., Rose, M., Spitzer, C., Glaesmer, H., Wingenfeld, K., Schneider, A. & Brähler, E. (2010). A 4-item measure of depression and anxiety: validation and standardization of the Patient Health Questionnaire-4 (PHQ-4) in the general population. *Journal of affective disorders*, 122(1-2), 86–95. <https://doi.org/10.1016/j.jad.2009.06.019>
- Moosdorf, D. & Röder, A. (2025, 27. August). *Violence in the german Bundestag – extent and dealing with it as a problem of equal participation*. [Konferenzbeitrag] ECPR General Conference 2025, Thessaloniki, Griechenland. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.15960.56329>

Simon, L., Bitschnau, S., Eberspach, K. & Kemmesies, U. (2024). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Beobachtungen und Befunde zur Frühjahrsbefragung 2023*. Bundeskriminalamt. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/11/KoMo-Bericht-No-4_Fruehjahrsbefragung23.pdf

Southern, R. & Harmer, E. (2019). Othering political women: Online misogyny, racism and ableism towards women in public life. In K. Lumsden & E. Harmer (Hrsg.). *Online othering: exploring digital violence and discrimination on the web* (S. 187–210). Palgrave Macmillan. https://doi.org/10.1007/978-3-030-12633-9_8

Southern, R. & Harmer, E. (2021). Twitter, incivility and “everyday” gendered othering: An analysis of tweets sent to UK members of parliament. *Social Science Computer Review*, 39(2), 259–275. <https://doi.org/10.1177/0894439319865519>

Thomas, S., Herrick, R., Franklin, L. D., Godwin, M. L., Gnabasi, E. & Schroedel, J. R. (2019). Not for the faint of heart: Assessing physical violence and psychological abuse against U.S. mayors. *State and Local Government Review*, 51(1), 57–67. <https://doi.org/10.1177/0160323X19858133>